



Liebe Leserinnen und Leser,

ein aufregendes und spannendes Jahr neigt sich dem Ende zu. Etwas mehr als ein Jahr sitze ich nun im Bundestag, und ein Blick auf den Terminkalender oder den Schreibtisch verrät mir, dass ich mittlerweile voll angekommen bin. Es war nicht nur für mich ein ereignisreiches Jahr, auch politisch ist einiges in Bewegung gekommen: Stuttgart 21 und die unsinnige Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke brachte die Menschen auf die Straßen und Gleise, in meinem Fachgebiet wurde der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag vor allem im Internet bekämpft und nicht zuletzt dadurch vor Inkrafttreten in letzter Sekunde gestoppt.

Für mich ist es spannend, in einer solch bewegenden Zeit direkt am Puls des Geschehens zu sein und zu sehen, dass man auch aus der Opposition heraus etwas bewegen kann. So wäre doch ohne unseren Druck ein Kurt Beck nie von sich aus nach Karlsruhe gegangen, um gegen den ZDF-Staatsvertrag zu klagen.

Schon jetzt zeichnet sich ab: 2011 wird nicht minder aufregend. Ich freue mich, wenn Sie bzw. Ihr mich weiterhin auf meinem Weg begleitet.

Eine schöne und hoffentlich etwas ruhigere Weihnachtszeit und ein glückliches, gesundes und interessantes neues Jahr wünscht Ihnen und Euch

Tabea

Übersicht

Top Thema : Jugendmedienschutz-Staatsvertrag

Hauptstadtreport

- Schnelles Internet in Deutschland: Fehlanzeige

Medien aktuell

- Normenkontrollverfahren reloaded
- Neue Finanzierung für den Rundfunk

Demografie

- Demografie schlägt auf dem Arbeitsmarkt auf
- Fachgespräch „Hübsch! Aber hier leben...?“

Vor Ort: Rheinland-Pfalz

- Montagsspaziergänge
- Blockade des Castors
- Talk'n Tour

Top Thema: Jugendmedienschutz-Staatsvertrag

Am 16. Dezember wurde der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) noch in letzter Sekunde gestoppt: Fraktionsübergreifend stimmte der Landtag in Nordrhein-Westfalen gegen den Vertrag, der deshalb nicht wie geplant am 1. Januar 2011 in Kraft treten kann.

Die Debatte um den JMStV wurde in den letzten Wochen immer heftiger geführt – und auch nicht immer sachlich korrekt.

Nun beginnt das Spiel von Neuem. Ich sehe darin auch eine Chance, viel Versäumtes diesmal richtig zu machen. So müssen bei einem solchen Vertrag sowohl die Parlamente, als auch die Zivilgesellschaft deutlich besser eingebunden werden. Fest steht schon jetzt: Wir brauchen neue Konzepte für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet. Dieser kann nicht einseitig in Regulierung liegen, aber alles rein auf eine (derzeit noch ungeklärte!) Vermittlung von Medienkompetenz zu schieben, ist zu kurz gesprungen. Deshalb brauchen wir einen gesamtgesellschaftlichen Dialog, der alle Möglichkeiten auf Sinn und Praktikabilität untersucht. Wie gesagt: Wir stehen jetzt wieder am Anfang und es erwartet uns eine Menge Arbeit!

<http://bit.ly/gbVTig>

Hauptstadtreport: Schnelles Internet in Deutschland: Fehlanzeige

Im Parlament habe ich den Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle gefragt, wie die Bundesregierung die vielen Internet-Löcher auf der Landkarte schließen wolle. Die Antwort war ebenso verblüffend wie offensichtlich falsch: Brüderle behauptete, 98,5 Prozent aller Deutschen hätten bereits einen Zugang zum schnellen Internet. Nun kenne ich viele Menschen, die sich mit Modem, DSL light oder auf anderen Wegen ins Netz quälen: Außer in Brüderles und meinem Bundesland Rheinland-Pfalz klaffen auch in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und vor allem Sachsen-Anhalt erhebliche Lücken – ebenso in Teilen von Brandenburg, Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg. Die tatsächliche Versorgung nach Angaben der OECD beträgt 23,7 Prozent. Eigentlich noch viel zu tun – und ein Bundesminister, der offensichtlich keinen Handlungsbedarf sieht...

Medien aktuell

Normenkontrollverfahren reloaded?

Kurt Beck will sich zum Retter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufschwingen. Noch vor Weihnachten will er ein Normenkontrollverfahren zum ZDF-Staatsvertrag in Gang bringen. Damit beklagt er einen Vertrag, den er selbst unterzeichnet hat, und wirkt damit nicht gerade glaubwürdig. Wir erinnern uns: Ohne uns wäre er nie soweit gegangen. Das Verfahren könnte schon längst laufen, hätte die SPD-Bundestagsfraktion uns nicht ihre Unterstützung verweigert. Damit wir auch aus der Mitte des Bundestages ein Zeichen für einen unabhängigen Rundfunk setzen, haben wir die SPD-Bundestagsabgeordneten erneut eingeladen, unseren Normenkontrollantrag zu unterzeichnen.

<http://bit.ly/epms2Q>

Neue Finanzierung für den Rundfunk

Da haben die Ministerpräsidenten ja mal auf uns gehört! Die beschlossene Abgabe zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks folgt dem Konzept, das wir GRÜNE schon vor Jahren vorgelegt haben. Daher begrüßen wir diese Änderung, denn die neue Abgabe wird nicht mehr an einzelne Geräte, sondern an die Wohnung bzw. den Haushalt geknüpft sein. Die Ministerpräsidenten müssen aber den Datenschutz ernst nehmen und die Bedenken der zuständigen Datenschutzbeauftragten der Länder in die gesetzlichen Regelungen mit aufnehmen. Dies werde ich in den kommenden Monaten weiter begleiten. <http://bit.ly/dPgotz>

Die Programmreform der ARD und die Dokumentationen

Der Neuzugang von Günther Jauch als neuer Talkshow-Moderator hat bei der ARD für einiges an Stühlerücken gesorgt. Beim fröhlichen Reise-nach-Jerusalem-spielen zogen die ARD-Intendanten nun den Dokumentationen ihren Stuhl weg. Zukünftig wird der 45-minütige Dokumentationssendeplatz am Montag von 21:00 Uhr auf 22:45 Uhr verlegt. Der Sendeplatz für Dokumentationen, Reportagen und Features am Mittwochabend um 23:30 Uhr fällt ganz weg.

In einem offenen Brief an den Programmdirektor Volker Herres hatte ich bereits im Vorfeld gegen eine solche Veränderung des Programmschemas protestiert. Natürlich befürworte ich als Politikerin die öffentliche Debatte über Politik. Aber auch die Politiktalkshows dürfen nur einen angemessenen Anteil am Programm haben.

Mein offener Brief findet sich hier: <http://bit.ly/hblUZI>

Demografie

Demografie schlägt auf dem Arbeitsmarkt auf

Pflegefachkräfte werden händeringend gesucht. Gleichzeitig sind rund drei Millionen Menschen arbeitslos, nicht mitgerechnet viele Arbeitsuchende, die aus der Statistik fallen. Durch die demografische Entwicklung wird sich die Lage in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Daher setzen wir GRÜNE auf Weiterbildung und Zuzug, um neben Pflegefachkräften mehr Menschen als ErzieherInnen, Ingenieure und IT-SpezialistInnen zu gewinnen. Es ist falsch, einheimische Arbeitskräfte gegen solche aus dem Ausland auszuspielen. Wir werden am Ende alle brauchen. Darum setzen wir Grünen auf eine gute Mischung von Maßnahmen.

Unser Antrag „Strategie statt Streit – Fachkräftemangel beseitigen“ <http://bit.ly/dYT97o>

Fachgespräch „Hübsch! Aber hier leben...?“

Besonders im ländlichen Raum ist der demografische Wandel bereits deutlich zu spüren. Anfang Dezember diskutierte ich zusammen mit gut 70 Fachleuten über die besonderen Herausforderungen gleichwertiger Lebensverhältnisse angesichts von Schrumpfung, zunehmender Überalterung und Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen. Der Fokus lag dabei auf Maßnahmen für den Erhalt bzw. Schaffung sozialer Infrastruktur für Kinder und Familien wie für Alte, damit gesellschaftliche Teilhabe unabhängig vom Wohnort möglich ist.

Vor Ort: Rheinland-Pfalz

Montagsspaziergänge

Die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke hat eine Mehrheit in Deutschland empört. Ein Ausdruck davon sind die Montagsspaziergänge, die mittlerweile in 40 Städten regelmäßig stattfinden. In Kaiserslautern hat mein Büro den Montagsspaziergang ins Leben gerufen. Schon bei der Premiere waren über 70 Leute dabei. Ich bewundere das Engagement so vieler Menschen, die bei Wind und Wetter und sogar über den Jahreswechsel weiterdemonstrieren wollen.

<http://bit.ly/h04b6O>

Blockade des Castors

Die Teilnahme an der Castor-Blockade am Anfang November in Berg war für mich Ehrensache. Zusammen mit 1.500 anderen TeilnehmerInnen habe ich die Gleise besetzt. Der Zug wurde umgeleitet und durchquerte Rheinland-Pfalz so nicht. Die Blockade verzögerte die Fahrtzeit um mindestens zwei Stunden. Im Laufe der Veranstaltung kam es formal gesehen zu einigen Ordnungswidrigkeiten der Demonstrierenden, weil sie den Mindestabstand zu den Gleisen nicht einhielten. Im Nachgang habe ich mich bei Kreisverwaltung und Bundespolizei dafür eingesetzt, diese Ordnungswidrigkeiten nicht zu verfolgen. Diese Freiheit haben Behörden, wenn durch die Vorfälle das allgemeine Interesse nicht geschädigt wurde. Es hat mich natürlich sehr gefreut, dass auf mögliche Verfahren inzwischen verzichtet wurde.

Talk'n Tour

Im November ging es unter dem Titel „Tabea tourt“ in fünf Tagen zu 14 Terminen. Der Schwerpunkt lag auf Besuchen von Einrichtungen und Projekten in der Pfalz, im Hunsrück, in Rheinhessen und Mainz. Ein Bericht hierzu gibt's hier: <http://bit.ly/9T1SC9>